

STÄDTE- UND GEMEINDEBUND SACHSEN-ANHALT



SGSA, Postfach 4009, 39015 Magdeburg

Per E-Mail an die

- Kreisfreien Städte
- hauptamtlich geführten Städte und Gemeinden
- Verbandsgemeinden

im Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt

Städte- und Gemeindebund
Sachsen-Anhalt (SGSA)
- Landesgeschäftsstelle -
Sternstraße 3, 39104 Magdeburg

Telefon: 0391 5924-300
Telefax: 0391 5924-444

E-Mail: post@sgsa.info
Internet: www.kommunales-sachsen-anhalt.de

Stadtsparkasse Magdeburg
IBAN: DE56 8105 3272 0036 0029 00
BIC/SWIFT: NOLADE21MDG

Auskunft erteilt: Frau Grimm
Durchwahl: 0391 5924-340

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen
4-03-02-02 / gr-kr

Datum
22.08.2019

Sachstand zur Breitbandförderung

Mittelabfluss und kommunale Genehmigungsverfahren: Gespräche mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI)

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Rundschreiben vom 06. Juni 2019 übersandten wir den Entwurf einer Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des flächendeckenden Aufbaus von Gigabitnetzen in „grauen Flecken“. Das BMVI berät derzeit mit der europäischen Ebene über die Notifizierung des beabsichtigten Förderverfahrens.

I. Gespräch mit dem BMVI

Überdies fand am 25. Juli 2019 ein Austausch der kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene mit Herrn Minister Scheuer statt. Unsere Bundesverbände berichteten hieraus, dass beim BMVI großes Interesse daran besteht, den Fördermittelabfluss für den Breitbandausbau zu verbessern und zu beschleunigen.

Folgende Maßnahmen kämen aus Sicht des BMVI dafür in Frage:

Einrichtung einer Task Force beim Projektträger atene KOM

- Engere Begleitung der Kommunen bei der Mittelbeantragung (bereits in der Umsetzung).

Runde Tische insbesondere in den Flächenländern

- Identifikation von noch nicht optimal funktionierenden Abläufen. Einbezug der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Nordrhein-Westfalen, da dort die größten Einzelprojekte angesiedelt sind.

Lotsenstellen beim Projektträger des Bundes

- Benennung eindeutiger Ansprechpartner für Projekte. Das BMVI hat ein Interesse daran, dass auch beim Zuwendungsempfänger ein konkreter Lotse benannt wird.

Verbesserung des Breitbandportals – Erstellung eines Musterprojektplans mit durchschnittlichen Zeitdauerangaben.

- Ziel: Ermöglichen eines Benchmarks.

Vereinfachtes Verfahren zum Mittelabruf

- Die hier vorgesehenen Möglichkeiten werden selten genutzt, weil u. U. Unsicherheiten bestehen, ob der Mittelabruf gleichzeitig auch die Abnahme der Bauleistung bedeutet. Das BMVI arbeitet an einem Textvorschlag.

Mustervertragswerk zu den Regelungen zwischen Kommune und TKU

- Das BMVI hat über den Projektträger die Erstellung eines Mustervertragswerks in Auftrag gegeben. Diese Dokumente werden mit den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt.

Alternative Verlegemethoden

- Das BMVI beabsichtigt eine DIN-Normung, um den Stand der Technik festzulegen und Unklarheiten zu beseitigen.

Broschüre des BMVI zum Breitbandausbau, in der auch diskutiert werden soll, ob und wie die kommunalen Ressourcen, z. B. Bauhöfe, mit eingebunden werden können.

Behördliches Genehmigungsverfahren

- Insbesondere bei der Einbeziehung weiterer Stellen wie z. B. der Naturschutzbehörden, kommt es oft zu einer Verzögerung des Genehmigungsverfahrens. Das BMVI fragt an, ob das zu beschleunigen wäre.

Diese Aspekte werden in einer neu eingerichteten Arbeitsgruppe beim BMVI gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden vertieft. Auf Wunsch der kommunalen Spitzenverbände sollen auch die Länder eingebunden werden, da kommunalwirtschaftliche, umsatzsteuerrechtliche und ähnliche Probleme zu berücksichtigen sind. Die Anregung von Herrn Minister Scheuer, auch auf der kommunalen Ebene einen Ansprechpartner („Lotsen“) für Förderprojekte zu benennen, kann sinnvoll sein und wird derzeit bereits praktiziert.

II. Schreiben der Kommunalen Spitzenverbände an das BMVI

Die kommunalen Spitzenverbände haben im Nachgang zum Austausch mit dem BMVI aufgrund vielfacher kritischer Äußerungen von Telekommunikationsunternehmen, die wiederholt auf angebliche Mängel bei der Durchführung von wegerechtlichen sowie sonstigen Genehmigungsverfahren im Zusammenhang mit der Errichtung von Telekommunikationslinien und Mobilfunkmasten (auch in Sachsen-Anhalt) hingewiesen haben, die Notwendigkeit gesehen, gegenüber dem BMVI deutlich zu machen, dass die Kommunen nicht für den zögerlichen Breitband- und Mobilfunkausbau verantwortlich zu machen sind.

In dem der *Anlage* beigefügten Schreiben an Staatssekretär Beermann (BMVI) legte die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände die umfangreichen Anstrengungen der Kommunen für eine flächendeckende Versorgung mit hochleistungsfähigen Breitband- und

Mobilfunkanschlüssen und die aus kommunaler Sicht hemmenden Faktoren für den Breitband- und Mobilfunkausbau dar. Damit soll den Diskussionsentwicklungen in relevanten Gremien, der Position von Telekommunikationsunternehmen und öffentlichen Äußerungen des BMVI, es liege an den Kommunen, dass der Ausbau nur schleppend vorankomme, **entschieden entgegengetreten** werden.

Die ausführliche Argumentation der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände können Sie dem beigefügten Schreiben entnehmen. Das Schreiben wurde auch dem Bundeskanzleramt, den Mitgliedern des zuständigen Bundestagsausschusses, dem Vorsitzenden der Bauministerkonferenz sowie dem Länderarbeitskreis Post- und Telekommunikation zur Kenntnis übermittelt.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Anika Grimm

Anlage